

Robert-Tillmanns-Haus e.V.

Niko Rollmann



„Corona schlug ein wie eine Bombe“

Die Situation Berliner Obdachloser
während der Pandemie

– Edition RTH –
Heft IX

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	4
2. Quellen	6
3. Die Situation vor Corona	8
4. Die Auswirkungen der Pandemie auf Berliner Obdachlose	10
5. Die Reaktion der Obdachlosen	18
6. Die Reaktion der Hilfsorganisationen	21
7. Die Reaktion der Berliner Behörden	25
8. Die Reaktion einzelner BürgerInnen	26
9. Ausblick: Was ist zu tun?	28

1. Vorwort

Der Ausbruch der Corona-Pandemie sollte von den meisten BürgerInnen unseres Landes als gravierender Einschnitt empfunden werden: Der ab Mitte März erfolgende „Lockdown“ bedeutete für einen großen Teil der Bevölkerung den Verlust des Arbeitsplatzes, Kurzarbeit, ein reduziertes Einkommen und verstärkte Zukunftsängste. Zugleich führte der Lockdown in vielen Fällen auch dazu, dass ganze Familien längere Zeit daheim bleiben mussten, was oft in einem massiven Anstieg des Stresspegels, Streitereien und mitunter auch Gewalt beziehungsweise sexuellen Übergriffen mündete.

Angesichts dieser Umstände war das Gros der Gesellschaft erst einmal „mit sich selbst beschäftigt“. Nach kurzer Zeit tauchten dann aber in den Medien Berichte auf, dass die Pandemie bestimmte Randgruppen der Gesellschaft besonders hart getroffen hatte – vor allem die Obdachlosen. In welchem Ausmaß und in welcher Form sie aber betroffen waren, wurde dabei zumeist nur oberflächlich erfasst. Viele Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichten ein oder zwei Reportagen darüber – und damit hatte sich das Thema für sie erledigt. Ebenso verhielt es sich mit der Berichterstattung im Fernsehen und im Internet. Auch die sich aufdrängende Frage, wie Obdachlose sowie die sie unterstützenden staatlichen Stellen, karitative Organisationen und einzelne BürgerInnen auf diese Situation reagierten, wurde zumeist nur marginal rezipiert.

Dieses Manko war die Motivation für ein Forschungsprojekt, dessen erste Ergebnisse in dieser Broschüre nun vorgestellt werden sollen. Das Robert-Tillmanns-Haus ist ein Träger der politischen Bildungsarbeit, der sich Ende 2018 im Rahmen einer Konferenz zum ersten Mal mit der Situation obdachloser Menschen in Berlin befasste. Weiterführende Recherchen gipfelten in der Anfang dieses Jahres veröffentlichten Publikation „Obdachlosigkeit in Berlin: Rückblick, Gegenwart, Auswege“. Mit diesem von der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) finanzierten Forschungsprojekt wird die Arbeit am Thema jetzt fortgesetzt. Die Ergebnisse sollen der Öffentlichkeit auch in Form eines Podcasts und eines Webvideos zugänglich gemacht werden.

Am Fallbeispiel Berlin – das zusammen mit Hamburg die höchste Zahl an Obdachlosen unter den deutschen Großstädten aufweist – werden in dieser Publikation folgende Aspekte ergründet:

- 1) Welchen Belastungsfaktoren waren die Obdachlosen aufgrund der Pandemie ausgesetzt und wie wirkten sich diese auf sie aus?
- 2) Wie reagierten Obdachlose, die für sie zuständigen Hilfsorganisationen, die Behörden und individuelle BürgerInnen auf diese Umstände?

3) Welche präventiven Maßnahmen können in diesem Kontext für mögliche zukünftige Pandemien unternommen werden?

Angesichts der besonderen Umstände der Pandemie und der Tatsache, dass die Corona-Krise zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Textes (Anfang September 2020) noch nicht überstanden ist, enthält dieser Text noch einige „Unschärfen“, die erst zu einem späteren Zeitpunkt konkretisiert werden können. In diesem Zusammenhang sei auf die erwähnten zukünftigen digitalen Formate des Forschungsprojektes verwiesen.

Der Verfasser möchte allen Obdachlosen, MitarbeiterInnen karitativer Organisationen und sonstigen Personen, die ihm bei den Recherchen halfen, seinen Dank aussprechen!

2. Quellen

Für diesen Text wurden folgende Quellen ausgewertet:

- 13 Befragungen obdachloser Menschen,
- 3 Befragungen von Personen, die über enge Kontakte zur Obdachlosenszene verfügen,
- 10 mündliche und schriftliche Befragungen von MitarbeiterInnen folgender karitativer Institutionen: Ambulanz der Berliner Stadtmission, Bahnhofsmmission am Zoo, Caritas-Ambulanz für Wohnungslose, Clearingstelle für nicht krankenversicherte Menschen, Franziskanerkloster Pankow, Gangway e.V., Heilig-Kreuz-Kirche, HYDRA e.V., Sozialdienst katholischer Frauen e.V., Zentrale Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot Berlin. Insgesamt wurden für die Studie rund 40 Institutionen, die ganz oder teilweise in der Obdachlosenhilfe involviert sind, kontaktiert. Ein großer Teil davon reagierte aber nicht oder kommunizierte – oft mit Bezug auf die Auswirkungen der Pandemie –, dass man momentan nicht in der Lage sei, auf derartige Anfragen zu antworten.
- 2 Pressemitteilungen (30.04. & 31.07.) sowie eine schriftliche Stellungnahme der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales,
- 17 Artikel der Tageszeitungen „Berliner Morgenpost“, „Tagesspiegel“, „tageszeitung“ (taz) und „Süddeutsche Zeitung“ sowie 2 Artikel des Anzeigenblattes „Berliner Woche“,
- 5 Artikel der Obdachlosenzeitungen „motz“, „Karuna Kompass“ und „strassenfeger MAG“,
- 3 Artikel der Zeitschriften „dérive“, „MieterEcho“ und „tip Berlin“,
- 13 Texte verschiedener Websites,
- 6 Youtube-Videoclips (Mitschnitte von TV-Reportagen sowie eigens für Youtube erstellte Videos; zudem Mitschnitte der Online-Konferenzen „Corona-Nothilfeplan für obdachlose und wohnungslose Menschen“ (29.04.2020) und „Politik trifft wohnungslose Menschen“ (20.08.2020)).
- Als einzelne Dokumente der „10-Punkte-Soforthilfeplan“ der „Selbstvertretung wohnungsloser Menschen“ (22.04.2020); die im Mai veröffentlichten Ergebnisse der von der „BAG Wohnungslosenhilfe e.V.“ durchgeführten Umfrage „Corona und Wohnungslosigkeit“; der von „KLIK e.V.“ erstellte Text „Projektarbeit in Zeiten der Corona“.

Im Zusammenhang mit der Befragung der Obdachlosen ist darauf hinzuweisen, dass es nicht möglich war, einen völlig repräsentativen Querschnitt dieser Gruppe zu befragen. Das liegt zum einen daran, dass viele Obdachlose gar nicht als solche erkennbar sind und mitunter auch die Stätten der Hilfsorganisationen nicht aufsuchen. Sie sind sozusagen „nicht auf dem Radarschirm sichtbar“. Zum anderen ist es aus verschiedenen Gründen so, dass nur ein Teil der „optisch erkennbaren“ Obdachlosen, denen der Verfasser bei seinen Recherchen auf den Straßen Berlins begegnete, bereit oder geeignet war, sich befragen zu lassen.

Als weitere Einschränkung ist anzumerken, dass sich die Ereignisse vor allem im März im wahrsten Sinne des Wortes überschlugen und es fast jeden Tag neue Entwicklungen gab. Deswegen ist es für die Befragten oft nicht möglich gewesen, sich an den genauen Zeitpunkt bestimmter Ereignisse oder den linearen Ablauf des Geschehens zu erinnern. Das betrifft auch die Befragten aus den karitativen Organisationen: In den Wochen nach dem Lockdown mussten sie permanentes Krisenmanagement betreiben. Unter diesem Umstand war es ihnen kaum möglich, Veränderungen, Entwicklungen und Handlungen zu dokumentieren. Der Verfasser geht aber trotzdem davon aus, dass dieser Text ein relativ realitätsgetreues Bild der Situation zu zeichnen vermag.



Obdachlose in Berlin

3. Die Situation vor Corona

Innerhalb des letzten Jahrzehnts war in Berlin eine deutliche Verschärfung des Problems der Obdachlosigkeit zu beobachten. Den wichtigsten Grund dafür stellte der große, anhaltende Immobilien-Boom dar, der in Kombination mit unzulänglichem Mieterschutz dazu führte, dass immer mehr Menschen auf der Straße landeten. Hinzu kam, dass immer mehr BürgerInnen mit „lückenhafter Erwerbsbiographie“ das Rentenalter erreichten und dann aufgrund ihrer geringen Bezüge nicht in der Lage waren, die stark ansteigenden Mieten zu bezahlen. Die Zahl der Obdachlosen wurde auch durch Ost- und Südosteuropäer erhöht, die nach Berlin kamen, weil es dort bessere Lebensumstände und Hilfsangebote sowie weniger Repression gibt als in ihren Heimatländern. Des Weiteren führte auch der neue Ruf Berlins als Boomtown und als „alternatives Pflaster“ dazu, dass viele Menschen mit der Hoffnung auf einen persönlichen Neuanfang in die Stadt kamen, dort aber nicht Fuß fassen konnten und schließlich obdachlos wurden.

Ein augenfälliges Symptom der zunehmenden Obdachlosigkeit waren die informellen Siedlungen, die sich zunehmend im innerstädtischen Bereich – zum Beispiel auf Brachen oder im Tiergarten – zeigten. Oft handelte es sich dabei um kleine, aus einigen Zelten bestehende „Spots“, in einigen Fällen konnte man aber auch schon von Hüttendörfern

sprechen. Die großen Siedlungen in der Cuvrystraße und der Rummelsburger Bucht gerieten dabei aufgrund der in ihnen herrschenden Zustände mehrfach in die Medien. Das Gros der neu entstandenen Siedlungen wurde innerhalb kurzer Zeit geräumt – was aber lediglich dazu führte, dass die BewohnerInnen dann anderswo ihr Lager aufschlugen. In der Obdachlosenhilfe tätige Personen kritisierten am Vorgehen der Behörden, dass es sich um „Räumungen ohne Angebot“ handelte und die Entstehung neuer Siedlungen somit zwangsläufig war.

Nachdem es im Sommer und Herbst 2017 zu einem „Hochkochen“ der Situation gekommen war und die Vorwürfe, dass der Berliner Senat keine angemessenen Maßnahmen ergreifen würde, sich häuften, konnten zum ersten Mal größere Bemühungen der Politik zur Linderung der Not beobachtet werden: Die Zahl der für die anstehende Kälteperiode zur Verfügung stehenden Übernachtungsplätze wurde zusammen mit den sonstigen Hilfsangeboten aufgestockt. Eine Anfang 2018 stattfindende Strategiekonferenz sollte dann ein Gesamtkonzept für den Umgang mit Obdachlosigkeit erarbeiten und die Hilfsangebote besser koordinieren. Im Laufe der folgenden zwei Jahre gab es ein signifikantes „Upgrade“ im Bereich der Obdachlosenhilfe – wozu auch die versuchsweise Einführung des sogenannten Housing-First-Unterbringungskonzeptes gehörte.

Am Anfang dieses Jahres fand schließlich die „Obdachlosenzählung“ statt, die ermitteln sollte, wie viele Obdachlose es in Berlin tatsächlich gab. Der mit Hilfe zahlreicher Freiwilliger ermittelte Wert lag bei knapp 2.000. Diese Zahl wurde jedoch oft angezweifelt: Zum einen wurde darauf verwiesen, dass es bei einer „auf der Straße“ durchgeführten Zählung kaum möglich sei, die reale Zahl der Obdachlosen zu erfassen, da viele von ihnen gar nicht als solche erkannt werden könnten oder sich an „versteckten Orten“ (wie zum Beispiel in Kellern oder auf Dachböden) aufhielten. Zum anderen würden viele Obdachlose sich während des Winters in Ländern wie Spanien oder Portugal aufhalten, weil sie dort der Kälte entgehen und sich Geld als Straßenmusiker verdienen können. Somit sei davon auszugehen, dass die reale Zahl der Obdachlosen weiterhin bei dem oft genannten Schätzwert von „zwischen 6.000 und 10.000“ läge. Wie dem auch sei: Vor Ausbruch der Pandemie stellte sich die Situation so dar, dass Berlin zwar ein gravierendes Problem mit Obdachlosigkeit hatte, die Politik aber nun zum ersten Mal gewillt war, den Missstand ernsthaft zu bekämpfen.

4. Die Auswirkungen der Pandemie auf Berliner Obdachlose

Um die gravierenden Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Obdachlosen zu verstehen, muss man sich vor Augen führen, wovon diese Menschen leben und auf welche Formen der Unterstützung sie angewiesen sind:

Das Gros der Betroffenen lebt vom Verkauf von Obdachlosenzeitungen, vom Pfandflaschensammeln, vom Betteln und mitunter auch von Straßenmusik oder Gelegenheitsjobs. Aufgrund ihrer spezifischen Lebensumstände und der Tatsache, dass die so erwirtschafteten Geldbeträge zumeist gering sind, benötigen Obdachlose die Unterstützung karitativer Institutionen, deren Hilfsangebote folgende Bereiche umfassen: die Bereitstellung von Nahrungsmitteln (z.B. warme Mahlzeiten), Möglichkeiten zum Duschen und Waschen von Kleidung, rudimentäre medizinische Versorgung, die Ausgabe von Kleidung oder anderer für das Leben auf der Straße wichtiger Gegenstände, diverse Formen der Beratung und verschiedene Formen sozialer Betreuung (z.B. „das entspannte Gespräch bei einem Kaffee“).

Die sich ab Mitte März zeigenden Auswirkungen der Pandemie sollten sich in katastrophaler Form auf die erwähnten Verdienstmöglichkeiten und Unterstützungsangebote auswirken:

- Die U- und S-Bahnen – wo ein großer Teil der Obdachlosenzeitungen abgesetzt wird – waren praktisch wie leergefegt. Ebenso war auch auf den Straßen ein stark reduziertes Menschaufkommen zu beobachten. Somit ließen sich nur noch wenige Zeitungen verkaufen – auch weil Ansteckungsängste dazu führten, dass viele BürgerInnen den Kontakt zu Obdachlosen bewusst mieden. Der befragte Obdachlose „Peter“ berichtete in diesem Kontext, dass er vor der Pandemie im Schnitt pro Monat 150 Zeitungen verkaufen konnte. Nach dem Lockdown waren es nur noch 50.
- Der Tourismus brach schlagartig ein, wodurch sich die Menge der zum Einsammeln verfügbaren Pfandflaschen stark reduzierte. Dieser Effekt wurde durch die Absage aller Großveranstaltungen noch weiter verstärkt. Teilweise war zwar ein erhöhter alltäglicher Alkoholkonsum bei den BewohnerInnen der Stadt zu beobachten, die dadurch zusätzlich sammelbaren Pfandflaschen standen jedoch in keinem Verhältnis zur üblichen Menge der Zeit vor der Pandemie. Und: Das Abgeben der Pfandflaschen erschwerte sich ebenfalls. Die Befragten „Benny“ und „Joey“ berichteten dazu, dass das Sicherheitspersonal mehrerer Supermärkte Obdachlosen den Zutritt verweigerte oder sie in anderer Form schikanierte.
- Das Spendensammeln war aufgrund der leeren Bahnen und Straßen kaum noch rentabel. Nicht nur, dass viel weniger Menschen unterwegs waren, auch die Orte zum



Der Alexanderplatz nach dem Lockdown - für Obdachlose gab es kaum noch Möglichkeiten, Straßenzeitungen zu verkaufen oder Spenden zu sammeln

Sammeln von Spenden (viele Obdachlose haben eine Art Stammpflicht, z.B. der Eingangsbereich eines Einkaufszentrums oder eine „Kneipenmeile“) gingen oft verloren. Hinzu kam die bereits erwähnte Tatsache, dass viele Menschen einen Bogen um Obdachlose machten. Wie „Andy“ es ausdrückte, hatten viele Leute „paranoide Berührungsängste“. Des Weiteren machte sich bemerkbar, dass die Spendenbereitschaft vieler BürgerInnen aufgrund von Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Umsatzeinbrüchen und Existenzängsten signifikant beeinträchtigt wurde. Darüber hinaus gab es auch andere Beeinträchtigungen: Joey sammelte oft Spenden im Eingangsbereich einer Sparkasse. Die Tatsache, dass sie nun eine Atemschutzmaske tragen musste, bedeutete, dass der „mimische Austausch“ – also das sprichwörtliche Lächeln, das beim Spendensammeln sehr wichtig sein kann – nun empfindlich gestört war.

- Auch Straßenmusik und andere Formen der Kleinkunst brachten unter diesen Umständen kaum noch Gewinne ein; ebenso verhielt es sich mit den Gelegenheitsjobs die aufgrund der unmittelbaren wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie und der Ansteckungsängste von Arbeitgebern zum großen Teil wegbrachten.

Im Ganzen hatten Obdachlose also kaum noch Möglichkeiten, sich etwas Geld zu verdienen. Für Benny war es zum Beispiel so, dass er praktisch die Hälfte seines Einkommens verlor. Auch Joey kam nur noch auf die Hälfte der üblichen Spenden. Und „Line“, die pro Tag 15 Euro für das Nötigste braucht und vor der Pandemie bis zu 40 Euro Spenden täglich sammeln konnte, berichtete, dass sie nach dem Lockdown froh war, wenn sie auf 10

Euro kam. Ähnlich sah es bei „Mario“ aus: Mit Zeitungsverkauf und Spendensammeln erwirtschaftete er ursprünglich eine Summe von täglich etwa 20 bis 30 Euro. Infolge der Pandemie waren es dann nur noch etwa 10 Euro. „Erhard“, der vor der Krise auf etwa 30 Euro pro Tag kam, hatte danach im Schnitt nur noch 20. Und Andy, der im Schnitt pro Tag 20 Euro sammeln konnte, brachte es nur noch auf 10 bis 12 Euro.

Ebenso gravierend war die Tatsache, dass ein großer Teil der Hilfseinrichtungen und Notunterkünfte entweder schließen oder zumindest seine Angebote stark einschränken musste. Jenseits der verordneten Hygienevorschriften lagen diese Maßnahmen auch darin begründet, dass viele Träger über keine Gelder für den Kauf größerer Mengen an Desinfektionsmitteln und Atemschutzmasken verfügten. Zudem zogen sich teilweise auch Sponsoren aus der freien Wirtschaft zurück, da sie durch die Pandemie in Schwierigkeiten geraten waren. Und: Die Arbeit vieler Hilfsorganisationen stützt sich in erheblichem Maße auf ehrenamtliche Mitarbeiter, bei denen es sich oft um RentnerInnen handelt. Da diese Menschen aber zu den Corona-Risikogruppen zählen, mussten sie größtenteils aus dem Einsatz genommen werden (bei der Mission am Bahnhof Zoo gehörten zum Beispiel 90 Prozent der 220 ehrenamtlichen Mitarbeiter altersbedingt zu den Risikogruppen). Unter diesen Umständen konnte für Obdachlose nur noch das Allernotwendigste geleistet werden. Die wenigen Hilfseinrichtungen, die unmittelbar nach dem Lockdown noch geöffnet hatten, sahen sich einem massiven Andrang ausgesetzt, konnten zugleich aber aufgrund der Schutzvorschriften weniger Menschen als üblich versorgen.

Zusätzlich zum weitgehenden Verlust der Verdienstmöglichkeiten und dem Einbruch bei den Hilfsangeboten sollte der Lockdown sich aber auch in anderer Form negativ auf Obdachlose auswirken. Es handelte sich dabei um diverse Faktoren, die von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurden:

- Überall mussten gastronomische Einrichtungen schließen. Das betraf Obdachlose insofern, als dass sie zum Beispiel in Bahnhofsgaststätten oft ein kostenloses Brötchen oder einen Kaffee spendiert bekommen hatten – eine Form der Unterstützung, die nun entfiel. Auch die Schließung „regulärer“ Restaurants machte sich insofern bemerkbar, als dass Obdachlose nun deren Toiletten nicht mehr benutzen konnten.
- Teilweise wurden die sanitären Einrichtungen innerhalb von Kaufhäusern und Bahnhöfen geschlossen, was die Problematik der hygienischen Versorgung Obdachloser weiter verschärfte.
- Durch die in einigen Fällen erfolgende Schließung öffentlicher Grünanlagen verloren Obdachlose Flächen, die ihnen als Rückzugsraum (und teilweise auch als Übernachtungsmöglichkeit) gedient hatten.

- Die Bezirksämter reduzierten ihre Leistungen oftmals auf ein absolutes Minimum, was die Möglichkeiten der Kontaktaufnahme für Obdachlose – zum Beispiel, um Unterstützung in Anspruch zu nehmen oder sich Dokumente ausstellen zu lassen – dramatisch einschränkte.
- Viele Obdachlose sahen sich erhöhtem Druck durch MitarbeiterInnen der Bezirke ausgesetzt. So berichtete zum Beispiel Peter, dass es nach dem Lockdown ständig zur Räumung von „Platten“ kam (Platten sind Schlafplätze, die Obdachlose sich z.B. unter Brücken oder auf Brachen eingerichtet haben). Dadurch hätten viele Betroffene auch einen Teil ihrer Habseligkeiten verloren. Ähnliches berichtet Line: Sie hätte sich oft zwecks gegenseitiger Unterstützung mit anderen Obdachlosen Schlafplätze eingerichtet – was dann aber mehrfach dazu führte, dass MitarbeiterInnen des Ordnungsamtes auftauchten und sie anwiesen, sich zu zerstreuen; es dürften nur maximal zwei Personen ein gemeinsames Lager aufschlagen. Nicht anders erging es Andy, der zusammen mit Anderen auf einer Grünfläche am „Bethanien“-Kulturzentrum nächtigte: Auch dieses Lager wurde geräumt.
- Teilweise war zu beobachten, dass Polizei beziehungsweise Sicherheitskräfte an öffentlichen Orten repressiver gegen Obdachlose vorgehen – weil ihre Präsenz möglicherweise als Erhöhung des Ansteckungsrisikos betrachtet wurde.
- Aufgrund ihrer extremen Lebensumstände konsumieren manche Obdachlose illegale Drogen. Durch die Pandemie hatten sie jedoch mitunter keine Mittel mehr für den Erwerb dieser Substanzen; in einigen Fällen wurden zudem die internationalen Lieferketten gestört. Durch diese Umstände liefen Süchtige Gefahr, auf einen gefährlichen „kalten Entzug“ gehen zu müssen. In einigen Fällen kamen aufgrund des unregelmäßigen Nachschubs auch „gestreckte“ Drogen auf den Markt, die zu Vergiftungen führten. Des Weiteren bedeutete die Knappheit, dass die Preise für bestimmte Drogen in die Höhe schossen. Betroffene begingen Diebstähle, um den Konsum noch finanzieren zu können – was wiederum zu Verhaftungen und Gefängnisstrafen führte.

Abgesehen von diesen die konkreten Lebensumstände betreffenden Faktoren zeigten sich im Kontext der Pandemie auch andere Umstände, die für die Betroffenen eine zusätzliche Belastung bedeuteten: eine verstärkte Stigmatisierung. Denn die Angst vieler BürgerInnen, sich durch Kontakt zu Obdachlosen mit dem Coronavirus anstecken zu können, bedeutete nicht nur einen Rückgang an verkauften Zeitungen und Spenden, sondern auch ein immenses Gefühl der Demütigung und Zurückweisung. Die Menschen wichen plötzlich vor Obdachlosen zurück, mitunter kam es auch zu verbaler Aggression. Angesichts der Tatsache, dass Obdachlose ohnehin häufig angefeindet werden, darf



Viele Obdachlose hatten kein Geld für den Kauf von Schutzmasken

dieser Belastungsfaktor nicht unterschätzt werden. Wie Peter es auf den Punkt brachte: „Man fühlte sich noch mehr ausgestoßen.“ Und Benny dazu: „Die Leute machten noch extremer einen Bogen um einen.“ Für Joey drängte sich in diesem Zusammenhang auch der Eindruck auf, dass die Leute oft ihren persönlichen Frust an ihr ausließen.

Es gehört vielleicht zu den Ironien der Pandemie, dass die eigentliche zentrale Bedrohung – das potenziell tödliche Virus – die Obdachlosen bis jetzt weniger getroffen hat als erwartet. Am Anfang der Pandemie wurde die Befürchtung geäußert, dass diese Bevölkerungsgruppe aus folgenden Gründen besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen werden könnte:

- Aufgrund ihres Lebens auf der Straße sind viele Obdachlose körperlich bereits erheblich geschwächt: Eine Kombination aus unzulänglicher Ernährung, chronischem Stress, nicht auskurierten Krankheiten, mitunter vorhandenem Suchtmittelkonsum und anderen Belastungsfaktoren reduziert die Abwehrkräfte erheblich.
- Obdachlose können die finanziellen Mittel für Desinfektionsmittel und Atemschutzmasken oft nicht aufbringen; zudem ist es ihnen nicht möglich, sich die Hände so häufig zu waschen wie der Rest der Bevölkerung.

- Für Obdachlose ist es schwieriger, an Informationen zur Corona-Prävention zu gelangen (oftmals kein Handy und keinen Internetzugang; ebenso kein Radio und kein Fernsehen sowie keine Lektüre von Tageszeitungen; hinsichtlich der ost- und südost-europäischen Obdachlosen kommen Sprachbarrieren hinzu).
- Bei manchen Obdachlosen könnte sich möglicherweise eine gewisse Sorglosigkeit zeigen, nach dem Motto: „Ich hab' doch schon so viel überstanden, was soll mir denn noch passieren?“ Oder die Betroffenen haben sich bereits aufgegeben beziehungsweise nicht mehr die Kraft, sich mit Präventionsmaßnahmen zu befassen.

Glücklicherweise deuten die vorliegenden Informationen jedoch darauf hin, dass es bis jetzt relativ wenig Corona-Fälle unter Obdachlosen gegeben hat. Die vom Verfasser befragten Personen erklärten diesen Sachverhalt hauptsächlich damit, dass Obdachlose „viel an der frischen Luft“ und somit einer primär in geschlossenen Räumen übertragene Krankheit nur sehr begrenzt ausgesetzt sind.

Wenngleich die eigentliche Pandemie Obdachlose also weniger getroffen hatte als ursprünglich befürchtet, so sollte die Kombination der oben beschriebenen „Begleitumstände“ in ihrer Gesamtheit auf die Obdachlosen massive Auswirkungen haben. Um die Formen und den Grad der Belastung zu erfassen, sollte man zuerst bei den elementarsten Faktoren anfangen:

In den ersten Tagen des Lockdowns war die Situation so gravierend, dass ein Teil der Obdachlosen über mehrere Tage hinweg kaum eine Mahlzeit bekam. Dieser extreme Zustand hielt glücklicherweise nicht lange an: Die Hilfsorganisationen bemühten sich intensiv, so schnell wie möglich wieder eine geregelte Versorgung mit Nahrung zu gewährleisten. Zugleich leisteten auch andere Akteure Unterstützung: So sollten zum Beispiel MitarbeiterInnen des Restaurants „Kreuzberger Himmel“, in dem Geflüchtete kochen und servieren, täglich bis zu 70 Mahlzeiten für Bedürftige ausgeben. Hinzu kamen die sogenannten „Gabenzäune“, auf die unten noch näher eingegangen wird. Im Ganzen waren sich alle befragten Personen einig, dass die unmittelbar nach dem Lockdown auftretenden Engpässe hinsichtlich der Nahrungsmittelversorgung relativ schnell beseitigt werden konnten. Zwei Gesprächspartner berichteten sogar von einer Art Überangebot. Zugleich bedeutete das aber nicht, dass in diesem Zusammenhang nun „alles in Ordnung war“: Erhard berichtete zum Beispiel, dass er zu jener Zeit wegen des verstärkten Andrangs praktisch zwei Stunden lang vor einer Ausgabestelle für Essen anstehen musste.

Obwohl die Obdachlosen somit nicht an Hunger litten, sollte sich ihre Situation trotzdem auf verschiedensten Ebenen sehr prekär gestalten: Sie hatten ihre Verdienstmöglichkeiten und die Hilfsangebote größtenteils verloren und waren verstärkter Stigmati-

sierung ausgesetzt. Ein in ihren Schilderungen häufig auftauchendes Leitmotiv ist der immense Stressfaktor, der sich permanent zeigte. Wie „Johnny“ es artikuliert: „Since the start of corona, I'm in survival mode.“ Line wiederum berichtete, dass man „doppelt psychisch belastet“ war und auch jetzt noch „total angeknackt“ ist. Mario erlebte die Situation nach dem Lockdown noch extremer: Insgesamt drei Obdachlose, die er kannte, nahmen sich das Leben. Auch er selbst hat in den Monaten nach dem Lockdown an Suizid gedacht. Griffig beschreibt er die Auswirkungen der Pandemie auf Obdachlose folgendermaßen: „Corona schlug ein wie eine Bombe.“

Auch Personen, die regelmäßig mit Obdachlosen zu tun hatten, bemerkten deutliche Veränderungen: „Micha“, der in der informellen Siedlung „Teepeeland“ eine zentrale Rolle spielt und dort als „erster Ansprechpartner“ gilt, berichtete, dass sich nach dem Lockdown die Anzahl Obdachloser, die darum baten, in der Siedlung eine Zeit lang unterzukommen, bedeutend erhöht hätte. Zugleich passierte es wiederholt, dass Obdachlose in das Teepeeland kamen, um dort von den Bewohnern gesammelte Pfandflaschen zu entwenden. Micha konnte auch eine verstärkte Aggressivität beobachten, die sich zum Beispiel in Verteilungskämpfen um Pfandflaschen manifestierte. Wilhelm Nadolny, dem Leiter der Bahnhofsmission Zoo, fiel zu jener Zeit auf, dass es eine deutlich erkennbare Zunahme an Obdachlosen mit sichtbaren psychischen Störungen gab – wie zum Beispiel Personen, die ständig mit sich selbst redeten. Und Martin Weber vom ambulanten Service der Caritas bemerkte eine zunehmende Angst unter den von seinem Dienst betreuten Personen – eine Angst, die darauf basierte, dass Obdachlose bald möglicherweise „nirgendwo mehr rein“ dürften.

Zum Abschluss dieses Kapitels sollte auf einen momentan noch nicht genau geklärten Sachverhalt verwiesen werden: Es ist davon auszugehen, dass die Pandemie mit größter Wahrscheinlichkeit zu einem Anstieg der Obdachlosigkeit geführt hat. Konkret lassen sich dafür folgende Faktoren aufzählen:

- Da aufgrund des Lockdowns sehr viele Menschen in einer angespannten und von Unsicherheit geprägten Situation daheim bleiben mussten, hat es, wie bereits erwähnt, eine Zunahme an innerfamiliären Konflikten und damit verbundener häuslicher Gewalt sowie sexuellen Übergriffen gegeben. Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass manche Personen vor diesen Zuständen flüchten mussten beziehungsweise der Wohnung verwiesen wurden – und auf der Straße landeten.
- In Berlin gibt es eine große Anzahl undokumentiert tätiger Menschen, die teilweise in von ihren Arbeitgebern gestellten Unterkünften wohnen. Wenn die entsprechenden Betriebe aufgrund der Pandemie schließen mussten, würde das auch bedeuten, dass die dort Beschäftigten ihre Unterkunft verloren. Diese Problematik wurde

dadurch verschärft, dass es sich bei den Beschäftigten oft um Personen aus ost- und südosteuropäischen Staaten handelte, die aufgrund geschlossener Grenzen beziehungsweise stark verschärfter Grenzkontrollen auch nicht in ihre Heimatländer zurückkehren konnten und somit „gestrandet“ waren.

- Der Lockdown bedeutete auch, dass die Berliner Bordelle schließen mussten. Da ein Teil der dort tätig gewesenen Sexarbeiterinnen auch in den Bordellen gelebt hatte, kam es vor, dass diese Frauen nun akut von Obdachlosigkeit bedroht waren.

Wenn man somit konstatieren kann, dass sich die Obdachlosigkeit durch diese Faktoren sicher erhöht haben wird, so ist zugleich das Ausmaß des Anstiegs nicht klar: Momentan gibt es dazu noch keine Zahlen.

5. Die Reaktion der Obdachlosen

Auf der individuellen Ebene gab es für Obdachlose nur wenige Möglichkeiten, auf die extreme Situation in den ersten Wochen nach dem Lockdown zu reagieren. Im Grunde war die einzige Möglichkeit das intensivierte Sammeln von Pfandflaschen. Andererseits hatte sich das Aufkommen an Pfandflaschen aber, wie erwähnt, bedeutend reduziert. Zudem geriet man beim Sammeln in eine verschärfte Konkurrenz zu anderen Obdachlosen, die ebenfalls verzweifelt nach Pfandflaschen suchten.

Einzelne Personen konnten die Verluste durch eine Änderung ihrer Strategie etwas reduzieren: Johnny fiel zum Beispiel auf, dass es plötzlich vor den Eingangstüren von Wohnblöcken – und in deren Innenhöfen – ein erhöhtes Aufkommen an Pfandflaschen gab. Die Gründe dafür lagen auf der Hand: Aufgrund der Tatsache, dass die gastronomischen Einrichtungen geschlossen waren, fand der Alkoholkonsum nun verstärkt in den eigenen vier Wänden statt. Zudem war zu beobachten, dass die Menschen generell mehr tranken. Außerdem schienen viele Leute ihre Wohnungen aufzuräumen und dabei auch ältere Pfandflaschenbestände zu entsorgen. Die Flaschen wurden dann oft im Hof oder vor der Haustür abgestellt. Johnny suchte nun anstatt der üblichen „Touristen-Meilen“ verstärkt Wohngebiete auf und konnte so zumindest ein Minimum an Geld verdienen.



Zelte von Obdachlosen im Berliner Regierungsviertel

Darüber hinaus galt für Johnny das, was auch für alle anderen Obdachlosen unter diesen Umständen galt: Man musste sich ständig informieren beziehungsweise „Ausschau halten“, welche karitativen Organisationen noch geöffnet waren und wie ihre Hilfsangebote aussahen. Zudem musste man auf neue Angebote vorher in diesem Bereich nicht tätig gewesener Akteure achten (also z.B. herausfinden, wo sich die Gabenzäune befanden, sodass man sie in einer möglichst effizienten Form „abklappern“ konnte).

Konkret bedeutete das eine große zusätzliche Arbeitsleistung. Benny erläuterte dazu, dass er vor dem Lockdown normalerweise nachts sechs bis acht Stunden schlief. Infolge des Lockdowns kam er dann nur noch auf zwei Stunden Schlaf, weil er permanent aktiv sein musste, um das Notwendigste zu organisieren. Einer der Befragten befand sich damals in einer so verzweifelten Situation, dass er Ladendiebstähle beging, um sich über Wasser zu halten. Zugleich versuchte er es beim Spendensammeln mit einem neuen Ansatz: Er ging behutsamer auf die Menschen zu, sozusagen ein „Schnorren auf Distanz“. Manche Obdachlose nahmen hinsichtlich des Spendensammelns auch einen Ortswechsel vor: Der Kurfürstendamm ergab zum Beispiel keinen Sinn mehr, da das Gros der Geschäfte dort geschlossen war. Erfolgversprechender war es nun, sich vor Supermärkte zu stellen.

Wichtig waren unter diesen Umständen auch Solidarität und Zusammenhalt. Auf die Frage, wie er die extrem anstrengenden Zeiten nach dem Lockdown überstanden hätte, sagte zum Beispiel Benny mit Bezug auf seinen Kameraden Peter: „Wir haben nicht aufgegeben. Wir haben uns gegenseitig stark gemacht.“

Während man als Obdachloser auf der individuellen Ebene nur sehr begrenzte Möglichkeiten hatte, seine Situation zu beeinflussen, so sollten zumindest auf der Ebene der organisierten Obdachlosen klare Forderungen artikuliert werden. Die „Selbstvertretung wohnungsloser Menschen“ veröffentlichte am 22.04. einen „10-Punkte-Soforthilfeplan“ mit folgenden Postulaten:

1. Das Infektionsschutzgesetz gilt auch für obdachlose und wohnungslose Menschen mit und ohne Migrations- oder Fluchtgeschichte unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus!
2. Einzelunterbringung statt Mehrbettzimmer
3. Individuelle Quarantänen statt Gesamtquarantänen
4. Kältehilfe übergangsweise fortführen
5. Schutz von obdachlosen und wohnungslosen Menschen mit und ohne Migrations- oder Fluchtgeschichte und Mitarbeiter*innen sicherstellen

6. Rahmenbedingungen schaffen
7. Krisenstab einrichten zur Umsetzung von Hilfemaßnahmen
8. Lösungsstrategien entwickeln
9. Problembewusstsein und Transparenz bei den Einrichtungen
10. Berichterstattung zur Lage der obdach- und wohnungslosen Menschen mit und ohne Migrations- oder Fluchtgeschichte in Berlin

Wenngleich diese Forderungen und die schriftlichen Erläuterungen zu den einzelnen Punkten praktisch „den Finger auf den wunden Punkt legten“, schien der Plan in seiner Gänze eher wirkungslos zu verpuffen: In der Öffentlichkeit gab es keine größere Resonanz – vielleicht auch deswegen, weil die Adressaten der Forderungen zu sehr mit der unmittelbaren Bewältigung ihrer anstehenden Aufgaben im „Corona-Modus“ beschäftigt waren.

6. Die Reaktion der Hilfsorganisationen

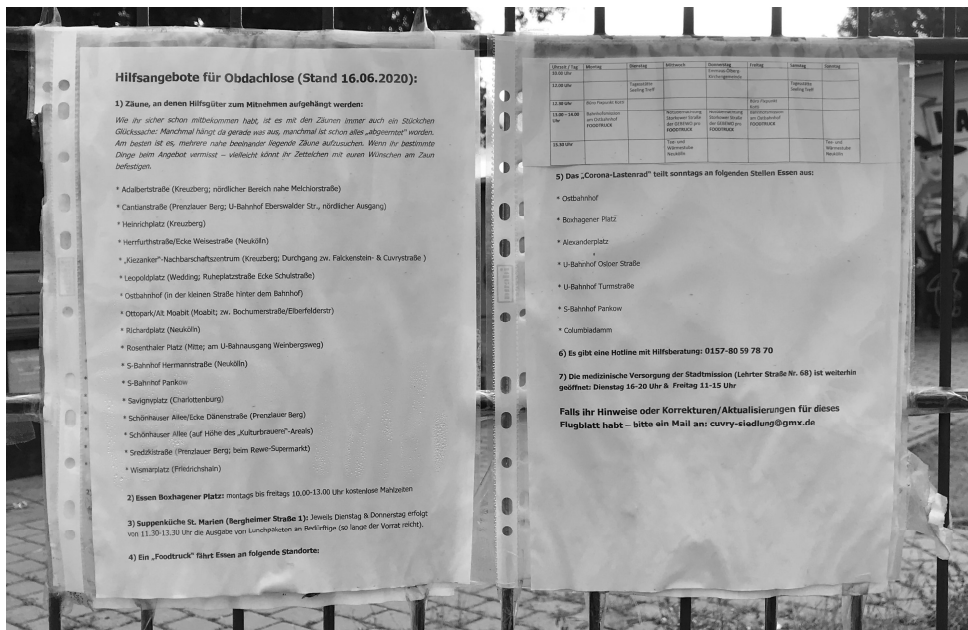
Die schnelle Ausbreitung des Virus und der damit verbundene Lockdown sollten die in der Obdachlosenhilfe tätigen Organisationen ebenso unerwartet überrollen wie den Rest der Gesellschaft: Mit einer Mischung aus Fassungslosigkeit, Entsetzen und Angst erlebte man, wie innerhalb von einer Woche große Bereiche des öffentlichen Lebens „eingefroren“ wurden. Man wusste sozusagen nicht, wie einem geschah! Zugleich wurde immer wieder postuliert, dass man auf Distanz zu anderen Menschen bleiben sollte, der Begriff „social distancing“ fand Eingang in die deutsche Sprache.

Für die karitativen Institutionen sollte diese Zeit besonders traumatisch sein, war doch der *Kontakt* zu sozial schwachen Menschen ihre Kernaufgabe – sei es bei der Ausgabe von Essen und Kleidung, in der Beratung, bei der medizinischen Versorgung oder im Rahmen eines entspannten Gespräches, das den Obdachlosen einen Moment lang erlaubte, ihre trostlose Situation zu vergessen. Der für die Armenarbeit der Heilig-Kreuz-Kirche zuständige Pfarrer Peter Storck wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es neben der Versorgung der Grundbedürfnisse Obdachloser immer auch ein zentrales Ziel gewesen sei, mit den Obdachlosen „Zeit zu teilen“. Nun aber war die Betreuung von Menschen in dieser Form nicht mehr möglich.

Besonders problematisch war auch die mit dem Auftreten des neuen Virus verbundene Unsicherheit. Wilhelm Nadolny, Leiter der Bahnhofsmision Zoo, berichtete dazu, dass man am Anfang der Pandemie zum Beispiel nicht wusste, wie ansteckend das Virus konkret sei und wie die Hilfsarbeit unter diesen Umständen fortgesetzt werden könnte (die Bahnhofsmision schloss dann am 12.03. ihre Essensräume). Ebenso erlebte es Andreas Abel von „Gangway“, einem Träger der Straßensozialarbeit: In den ersten Tagen nach dem Lockdown hätte man sich intensiv mit Fragen wie „Was kann man noch machen?“ und „Was dürfen wir noch?“ beschäftigt.

Wie sollten die Hilfsorganisationen ihre Arbeit angesichts der vorhandenen Einschränkungen („Kontaktsperre“, kein Geld für den Kauf größerer Mengen an Schutzmasken und Desinfektionsmitteln, Verlust der älteren ehrenamtlichen Mitarbeiter) konkret fortsetzen? Der Ausweg wurde darin gesehen, innerhalb kürzester Zeit die Arbeitsweise völlig umzustellen:

- Unter den gegebenen Umständen galt als Priorität, die noch vorhandenen personellen und materiellen Ressourcen zu bündeln und sich auf die Versorgung der Obdachlosen mit dem Notwendigsten – also primär Nahrungsmitteln – zu konzentrieren. Wo es machbar war, wollte man die Möglichkeit zum Duschen beziehungsweise Waschen der Kleidung aufrecht erhalten.



Info-Zettel mit den Hilfsangeboten karitativer Organisationen

- Das bereitzustellende Essen wurde nicht mehr in der Räumen der Hilfsorganisationen verkonsumiert. Stattdessen gab es eine „Ausgabe am Fenster“ unter Einhaltung der verordneten Sicherheitsmaßnahmen. Als Alternative wurden auch Lunchpakete an bestimmte Orte gelegt, wo Bedürftige sie abholen konnten. Eine Variante dieses Vorgehens war auch die in Zusammenarbeit mit engagierten BürgerInnen erfolgende Einrichtung und Bestückung sogenannter „Gabenzäune“, deren Konzept sich bereits in Hamburg bewährt hatte.
- Man bemühte sich, die Hilfsangebote so weit wie möglich „unter den freien Himmel zu verlegen“, weil auf offenen Flächen die Mindestabstände besser eingehalten werden konnten und weil dort die Ansteckungsgefahr wesentlich geringer war als im Inneren von Gebäuden.
- Organisationen wie zum Beispiel die „Karuna“-Sozialgenossenschaft verteilten täglich kleine Geldbeträge (in der Regel zehn Euro) oder Supermarkt-Gutscheine an Bedürftige.
- Jenseits der Versorgung der Grundbedürfnisse ging es auch darum, Obdachlose mit Informationen zu versorgen: Zum einen sollte vermittelt werden, wie man sich vor einer Ansteckung schützen könnte. Zum anderen sollten die neuen „Corona-Modalitäten“ der Hilfsorganisationen kommuniziert werden. Die Informationen

wurden durch Flugblätter, telefonische Hotlines, eine eigens entwickelte App in Kombination mit der Verteilung kostenloser Handys und über sich im Stadtraum bewegende MitarbeiterInnen kommuniziert.

- Man bemühte sich, verstärkt Akteure der Zivilgesellschaft mit einzubinden. So konnten zum Beispiel ältere, zu den Risikogruppen gehörende Ehrenamtliche durch neue, jüngere Freiwillige ersetzt werden. Oder man forderte BürgerInnen auf, die Gabenzäune mit Gütern zu bestücken und Obdachlosen kleinere Geldbeträge zukommen zu lassen.
- Durch Spendenaufrufe versuchten die Organisationen, zusätzliche Mittel zu akquirieren. Dafür wurde auch das sogenannte Crowdfunding eingesetzt: So bat zum Beispiel das Deutsche Rote Kreuz um Spenden für seinen Corona-Nothilfefonds. Und die Organisation „querstadtein“, die von ehemaligen Obdachlosen durchgeführte Stadtrundgänge anbietet, sammelte per Crowdfunding Geld, um die durch die Pandemie verursachten finanziellen Einbrüche zu kompensieren.
- Obwohl viele Angebote der Hilfsorganisationen aufgrund der Pandemie entfielen, hat man zugleich überlegt, wie man für dringliche Einzelfälle Lösungen finden könnte. In diesem Kontext verweist zum Beispiel Bruder Christoph Körber vom Pankower Franziskanerkloster darauf, dass aufgrund des Lockdowns auch die „Kleiderkammer“ des Klosters geschlossen werden musste. Aber wenn einzelne Bedürftige dann dringend Bekleidung brauchten, hätte man immer Wege gefunden, ihnen zu helfen.
- Darüber hinaus gab es auch viele sinnvolle „Angebote im Kleinen“. So verteilte „Gangway“ zum Beispiel Einwegbecher an Obdachlose, da es unter bestimmten Gruppen üblich ist, Alkohol gemeinsam aus einer Flasche zu trinken, was ein hohes Ansteckungsrisiko nach sich zieht. Mit den Einwegbechern sollte diese Infektionsmöglichkeit unterbunden werden.
- Der „Arbeitskreis Wohnungsnot“ richtete eine Online-Petition an den Senat, die forderte, leerstehende Hotels für Obdachlose freizugeben. Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Textes hatten 10 000 Menschen sie unterzeichnet.

Wenngleich die meisten befragten VertreterInnen von Hilfsorganisationen der Ansicht waren, dass man die Situation nach dem ersten Schock des Lockdowns gut in Griff bekommen hätte, gab es zugleich zwei immer wieder geäußerte Vorbehalte:

Erstens würde man die Hilfsangebote immer noch im „Notfallmodus“ fahren und lediglich auf die elementarsten Bedürfnisse der Obdachlosen eingehen können. Die anderen Angebote – wie zum Beispiel die soziale Betreuung, also das erwähnte „Teilen von Zeit“

– würden nach wie vor größtenteils entfallen. Zweitens äußerten fast alle Befragten die Befürchtung, dass sich die Situation im Herbst massiv verschlechtern würde. Denn dann könnten die Obdachlosen aufgrund der Kälte nicht mehr unter freiem Himmel schlafen, sondern müssten in Notunterkünfte ausweichen – was das Ansteckungsrisiko dramatisch erhöhen könnte. Zudem würde sich die Frage stellen, wie viele Menschen angesichts des vorgeschriebenen Mindestabstands überhaupt in Notunterkünften unterkommen könnten. Wenn Menschen „draußen bleiben“ müssten oder die Unterkünfte aus Angst vor einer Ansteckung gar nicht erst aufsuchen würden, sei mit gravierenden gesundheitlichen Auswirkungen zu rechnen – gerade auch deswegen, weil der anhaltende „Corona-Stress“ die Immunsysteme der Betroffenen bereits geschwächt hätte. Diese Problematik betrifft übrigens auch die „Wärmestuben“, die es Obdachlosen tagsüber erlauben, der Kälte temporär zu entkommen.

Der Herbst birgt aber auch andere Gefahren in sich: Martin Weber von der Caritas-Ambulanz verwies auf die mögliche gefährliche Kombination von Corona und grippalen Infekten. Zugleich erläuterte er, dass viele MitarbeiterInnen der Hilfsdienste von der intensiven Arbeitsbelastung der letzten Monate sehr erschöpft seien und es zum Beispiel erhöhte Krankmeldungen und „Burnout“-Symptome gäbe. Hier stellt sich somit auch die Frage nach der realen Leistungsfähigkeit der Hilfsorganisationen in den kommenden Monaten.

7. Die Reaktion der Berliner Behörden

Auch die Bezirke und der Senat hatten mit den dramatischen Konsequenzen des Lock-downs zu kämpfen: Große Teile ihrer Tätigkeitsbereiche mussten „heruntergefahren“ werden – was wiederum Kritik seitens der karitativen Verbände und Obdachlosen nach sich zog. Zugleich wurden Forderungen erhoben: Die Kältehilfe-Maßnahmen sollten verlängert und leerstehende Hotels und Hostels für Obdachlose freigegeben werden. Der Berliner Senat unternahm schließlich folgende Maßnahmen:

- Eine Jugendherberge in der Kluckstraße wurde am 01.04. als neue Unterkunft für Obdachlose eröffnet. Zwei weitere zusätzliche Stätten folgten: eine vorherige Kältehilfe-Notunterkunft mit 100 Plätzen in der Storkower Straße, die Obdachlosen durchgehend zur Verfügung stand, und das temporäre „Wohnheim 24/7“ an der Lehrter Straße mit bis zu 106 Plätzen. Durch diese Maßnahmen wurde ein Angebot von maximal 408 Plätzen für eine durchgehende, vorbehaltlose Unterbringung mit Verpflegung und sozialarbeiterischer Betreuung geschaffen.
- In der Obdachlosenmission an der Lehrter Straße wurde im Mai die deutschlandweit erste spezielle Quarantänestation für Obdachlose mit bis zu 16 Plätzen für positiv auf Corona getestete Personen mit leichten Symptomen eröffnet.
- Darüber hinaus wurden die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe bei der Beschaffung von persönlicher Schutzausrüstung unterstützt.

Die vom Verfasser befragten Personen waren sich einig, dass diese Maßnahmen auf jeden Fall hilfreich waren und gut angenommen wurden. Zugleich wurde aber kritisiert, dass die Einrichtung in der Kluckstraße bereits am 31.07. wieder geschlossen wurde: Man hätte praktisch zuerst ein Angebot etabliert, es dann aber nicht halten können.

8. Die Reaktion einzelner BürgerInnen

Während es im Rahmen dieses Forschungsprojektes noch relativ einfach war, die Reaktion Obdachloser und der sie unterstützenden Organisationen auf die Pandemie zu erforschen, sollte es sich als schwieriger erweisen, Form und Ausmaß der Unterstützung seitens individueller, nicht in NGOs organisierter BürgerInnen zu erfassen. Die Berichterstattung der Medien, die Aussagen der befragten Obdachlosen und eigene Beobachtungen im Stadtbild sowie im persönlichen Umfeld erlauben es jedoch, zumindest ein rudimentäres Bild zu erstellen:

Unmittelbar nach dem Lockdown war zuerst zu beobachten, dass die Hilfsbereitschaft einzelner „nichtorganisierter“ BürgerInnen stark nachließ. Dafür gab es hauptsächlich zwei Gründe: Erstens vermieden viele Menschen aus Angst vor einer Ansteckung den Kontakt zu Obdachlosen – schließlich wusste man zu jenem Zeitpunkt noch nicht, wie ansteckend das Corona-Virus genau war und ob man sich bereits infizieren konnte, wenn man zum Beispiel jemandem eine Spende gab. Zweitens erlebten viele Menschen den Ausbruch der Pandemie auch als persönlichen Schock: Arbeitsplatzverlust (oder zumindest Angst die Angst davor), Kurzarbeit, Ansteckungsängste, allgemeine Unsicherheit und häuslicher Stress führten dazu, dass man erst einmal primär an sich selbst und die einem Nahestehenden dachte. Diese Verengung des Horizonts ging mit dem Gedanken einher, dass man nun „sein Geld zusammenhalten“ müsse, da nicht abzuschätzen war, wie sich die persönlichen Verhältnisse in Zukunft gestalten würden.

Aber bereits nach kurzer Zeit sollte sich dieses Verhalten jedoch verändern: Die katastrophale Lage obdachloser Menschen sprach sich herum, die Medien berichteten darüber. Und mehr und mehr BürgerInnen fingen an, Obdachlosen zu helfen. Diese Unterstützung nahm verschiedenste Formen an:

- Man gab Obdachlosen wieder Spenden; oft waren es nun auch größere Beträge als zuvor: Fünf- oder Zehn-Euro-Scheine anstatt der üblichen ein oder zwei Euro. Das Gros der befragten Obdachlosen war sich einig, dass durch den Lockdown zwar weniger Menschen auf der Straße waren, der Prozentanteil spendender Menschen sich jedoch erhöhte und auch die überreichten Summen größer waren als sonst.
- Viele Menschen halfen bei der Bestückung und Pflege örtlicher Gabenzäune. Für den befragten Andy waren diese Zäune in der ersten Zeit nach dem Lockdown „überlebenswichtig“.
- Es wurden „Kochgruppen“ gegründet, die warme Mahlzeiten an Obdachlose verteilten; andere BürgerInnen gaben Trinkwasserflaschen aus.



Gabenzaun in Prenzlauer Berg

- Den Aufrufen der Hilfsorganisationen folgend, spendeten viele Menschen Geld oder benötigte Güter. Andere erklärten sich bereit, in den Organisationen als Ersatz für die ausgefallenen älteren Mitarbeiter zu helfen.
- Manche BürgerInnen stellten bewusst Pfandflaschen auf die Straße, damit Obdachlose sie einsammeln konnten.
- Digital versierte BürgerInnen engagierten sich im Bereich des Crowdfunding für Obdachlose.
- Einzelpersonen erstellten Listen der vorhandenen Hilfsangebote für Obdachlose und hängten sie an verschiedenen Stellen aus.

Das Engagement einzelner BürgerInnen war nach dem Lockdown von entscheidender Bedeutung für viele Obdachlose. Wie Andy es formulierte: „Ein ganz großes Lob an ganz viele Menschen!“

8. Ausblick: Was ist zu tun?

Mit der Umstellung der Hilfsangebote karitativer Organisationen und der späteren Wiedereröffnung gastronomischer und sonstiger Einrichtungen sollte sich die Situation der Obdachlosen langsam verbessern. Die befragten Obdachlosen sind sich zugleich aber einig, dass sich ihre momentane Situation immer noch wesentlich schwieriger gestaltet als vor der Pandemie. Sie verweisen zum Beispiel darauf, dass sie jetzt wieder weniger Spenden bekommen, da viele BürgerInnen infolge der Pandemie den Arbeitsplatz verloren oder zumindest weniger Geld zur Verfügung haben. Line sagte dazu, dass etwa vierzig Prozent der Leute, die ihr Spenden gaben, nun geringere Summen aushändigen würden: Während eine typische Spende vor Corona etwa zwei Euro betrug, seien es nun etwa 50 Cent. Und nach wie vor ist das Angebot der meisten Hilfsorganisationen immer noch eingeschränkt. Somit ist die gegenwärtige Lage für Obdachlose also noch sehr problematisch.

Symptomatisch für diese Situation und die damit verbundene Ungewissheit sind vielleicht die Gabenzäune: Während sie in der Anfangszeit oft gut bestückt waren, sehen sie zum jetzigen Zeitpunkt zumeist „verwaist“ (und oft auch vermüllt) aus. Für diesen Zustand gibt es offenbar mehrere Gründe: Anscheinend glauben manche BürgerInnen, dass sich die Situation der Obdachlosen nun verbessert habe und es nicht mehr nötig sei, die Zäune zu bestücken. Denkbar ist aber auch, dass zumindest ein Teil der engagierten Personen aufgrund der Pandemie eine Verschlechterung seiner eigenen Verhältnisse erlebt hat und sich weniger imstande sieht, Anderen zu helfen. Des Weiteren könnte sich auch herumgesprochen haben, dass ein Teil der Gabenzäune häufiger von nicht obdachlosen Personen „abgeräumt“ wurde – eine Zweckentfremdung, die sich negativ auf die Spendenbereitschaft auswirken kann. Somit symbolisiert der Zustand der Gabenzäune möglicherweise eine Mischung aus Erschöpfung und Resignation, die sich momentan gerade ausbreitet.

Selbst wenn es mithilfe eines Impfstoffes und wirksamer Medikamente gelingen sollte, die Pandemie erst einmal unter Kontrolle zu bekommen, stellt sich die Frage, wie zu reagieren ist, wenn es einen erneuten Ausbruch dieser oder einer vergleichbaren Krankheit gibt. Wie lässt sich verhindern, dass Obdachlose – als eine der exponiertesten Bevölkerungsgruppen – dann erneut die für sie besonders gravierenden Folgen einer Seuche zu spüren bekommen? Für den Berliner Senat ist klar, dass die jetzige Situation nach wie vor große Aufmerksamkeit erfordert. Wie die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales es in einer entsprechenden Auskunft formulierte:

Auch wenn die anfänglichen Probleme, die der Lockdown für auf der Straße lebende Menschen brachte, nicht mehr in dieser Signifikanz zu beobachten sind, ist für den Se-

nat offensichtlich, dass die Corona-Pandemie die obdachlosen Menschen weiterhin vor besondere Herausforderungen stellt. Derzeit sind alle Träger/Einrichtungen in der Lage, nach den AHA-Regeln zu arbeiten und die Angebote entsprechend zu gestalten. Der Senat geht davon aus, dass dies mittelfristig ein zwingendes Erfordernis bleibt. Alle Maßnahmen des Senats im Bereich der Wohnungslosenhilfe stehen unter dem klaren Fokus der Berücksichtigung der Erfordernisse der Pandemie. Die Erkenntnisse, die die jetzige Situation mit sich bringt und die durch die ständige Evaluation der Maßnahmen und der Beobachtung der Situation gewonnen werden, fließen zudem erheblich in die Gestaltung zukünftiger Vorhaben ein. Aus Sicht des Senats müssen alle zukünftigen Angebote in der Lage sein, kurzfristig auf außergewöhnliche Lagen (wie z.B. Pandemien) reagieren zu können.

Fast alle der im Rahmen dieses Projektes Befragten konnten mehrere Aspekte nennen, die aus ihrer Sicht im Kontext der Prävention notwendig sind:

1. Maßnahmen der Behörden:

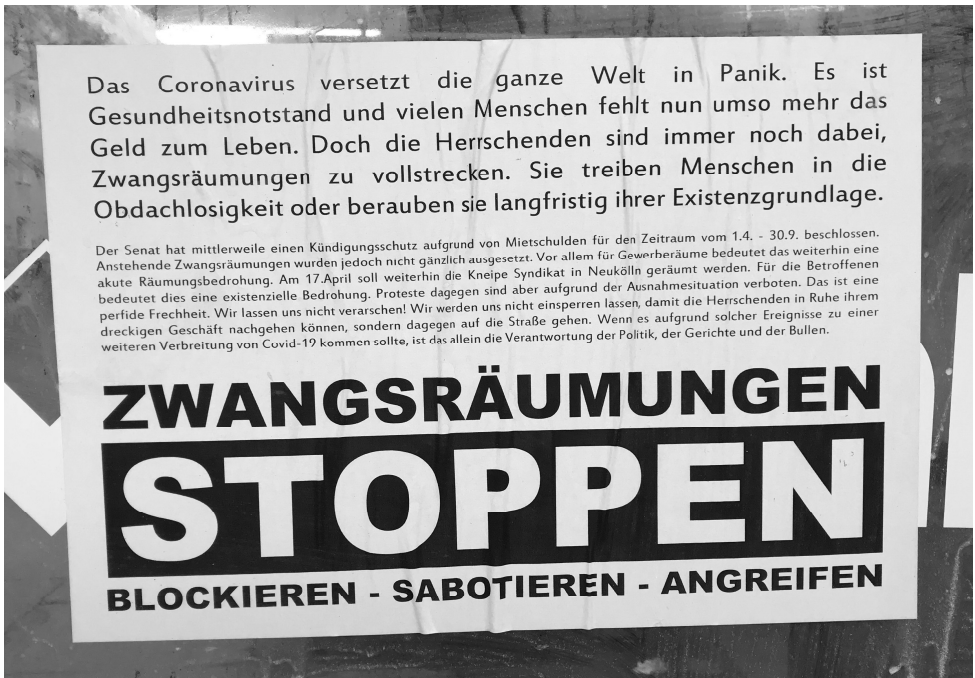
- Es sollten entsprechende Notfallpläne für die Möglichkeit zukünftiger Pandemien vorbereitet werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Fähigkeit, schnell auf den Ausbruch neuer Seuchen reagieren zu können.
- Vorräte an Atemschutzmasken und Desinfektionsmitteln (in kleinen, bequem tragbaren Behältern) sollten angelegt werden.
- Die Behörden müssen in der Lage sein, Obdachlosen schnell und unbürokratisch helfen zu können – zum Beispiel durch die Auszahlung kleinerer Geldbeträge; darüber hinaus sollte es für bestimmte „niedrigschwellige“ Leistungen beschleunigte Verfahren geben.
- Die Gesundheitsämter müssen den Hilfsorganisationen klare Vorgaben machen, wer in solchen Situationen für die Versorgung von unversicherten, „undokumentierten“ und „illegalen“ Obdachlosen zuständig ist.
- Die medizinische Grundversorgung Obdachloser darf nicht auf ehrenamtlich agierenden Senioren basieren, die zu den Risikogruppen gehören; stattdessen sind feste Stellen zu schaffen.
- Die Bezirke sollten Grünflächen ausweisen, die Obdachlosen im Ernstfall zum „Campieren mit Mindestabstand“ zur Verfügung gestellt werden können. Im Idealfall stünde dafür auch ein Vorrat an Zelten zur Verfügung.



Verwaister Gabenzaun

- Es sollte überlegt werden, ob und in welcher Form leerstehende Hotels für die Unterbringung Obdachloser genutzt werden könnten, falls zum Beispiel eine Pandemie in der kalten Jahreszeit ausbricht und es nicht möglich ist, alle Bedürftigen unter Beibehaltung des Mindestabstandes in den vorhandenen Notunterkünften unterzubringen. Jegliche Form der Unterbringung sollte dabei möglichst schnell und unbürokratisch erfolgen.
- Es sind Überlegungen anzustellen, in welcher Form die Duschen von Schulen und Sportanlagen genutzt werden können, um die hygienische Grundversorgung Obdachloser zu gewährleisten.
- Das Aufstellen mobiler Toilettenkabinen könnte Obdachlosen hinsichtlich ihrer hygienischen Bedürfnisse helfen.
- Die Behörden müssen in der Lage sein, schnell aussagekräftige Aushänge und Flugblätter zu erstellen, die Obdachlose in verschiedenen Sprachen beziehungsweise mit eindeutigen Piktogrammen über Gefahren, Präventionsmaßnahmen und Hilfsangebote informieren.

- Hinsichtlich der Kommunikation ist wichtig, dass relevante Information schnell an die Hilfsorganisationen vermittelt werden. Die Mitarbeiterin einer karitativen Einrichtung bemängelte diesbezüglich gegenüber dem Verfasser, dass sie Vieles „erst aus dem Radio“ erfahren hätte.
- Um zu verhindern, dass mit wirtschaftlichen Einbrüchen verbundene Pandemien dazu führen, dass erwerbslos Gewordene ihre Unterkunft verlieren, sollten – wie bei der Corona-Pandemie auch geschehen – entsprechende Gesetze eine Stundung von Mieten erlauben. Des Weiteren sollten in diesem Zusammenhang auch alle Zwangs-räumungen ausgesetzt werden.



Forderung nach der Aussetzung von Zwangsräumungen

2. Maßnahmen der karitativen Organisationen:

- Es sollten Notfallpläne erarbeitet werden, wie die jeweiligen Hilfsangebote in einer möglichst „kontaktlosen“ Form umgesetzt werden können.

- Im Zusammenhang mit dem obigen Punkt sollten Überlegungen angestellt werden, wie man möglichst viele Angebote „unter freiem Himmel“ stattfinden lassen kann (mit entsprechenden Vorkehrungen für problematische Wetterverhältnisse).
- Am Anfang einer Pandemie sollten im Rahmen einer schnellen kollektiven Kommunikation und eines umfassenden Informationsaustausches das „Brainstorming“ mit allen MitarbeiterInnen und die schnelle Vernetzung mit anderen karitativen Organisationen stattfinden. Denn oft ist es so, dass „irgendwo irgendjemand eine gute Idee hat“ (wie z.B. die Gabenzäune) und diese entsprechend umgesetzt, während Andere erst mit zeitlicher Verzögerung davon erfahren.
- Es sind Überlegungen anzustellen, wie mit dem möglichen Ausfall von MitarbeiterInnen umzugehen ist, die zu den von einer Seuche besonders gefährdeten Risikogruppen gehören.
- Hinsichtlich des obigen Punktes ist auch zu überlegen, wie man die Ressourcen der Zivilgesellschaft und wirtschaftlicher Unternehmen mobilisieren kann (z.B. im Kontext der Rekrutierung zusätzlicher Mitarbeiter, der Bestückung möglicher Gabenzäune, des Crowdfunding und der Akquise zusätzlicher Spenden).
- Sofern entsprechende Ressourcen vorhanden sind, könnten Vorräte an Atemschutzmasken und Desinfektionsmitteln beziehungsweise kleine „Hygiene-Sets“ angelegt werden.
- Die für Außenkommunikation bzw. Software zuständigen Personen könnten dafür sorgen, dass im Ernstfall die Möglichkeiten zur Herstellung mehrsprachiger „piktogrammorientierter“ Flugblätter bestehen.

Es ist nachvollziehbar, dass sich momentan bei den karitativen Organisationen und Behörden Zeichen der Erschöpfung mehren – eine Verschnaufpause ist dringend notwendig. Zugleich sollte aber auch klar sein, dass Präventionsmaßnahmen hinsichtlich zukünftiger Pandemien zeitnah einzuleiten sind. Denn das nächste Virus kommt bestimmt. Es ist nur die Frage, wann.

Folgende Hefte sind in der „Edition RTH“ erschienen:

Heft I: Verbotener Untergrund

Die unterirdische Geschichte der Berliner Mauer

ISBN: 978-3-00-046280-1

Das Heft behandelt die unterirdische Dimension der Berliner Mauer: Fluchttunnel, Fluchtversuche durch die Kanalisation, die „Geisterbahnhöfe“, verschlossene Keller und Tunnel sowie die „Operation UTA“ des MfS. Mit Literaturliste, Ausstellungs- und Veranstaltungshinweisen (32 Seiten).

Heft II: Berlin 1945

Die Schlacht um die „Reichshauptstadt“

ISBN: 978-3-00-048324-0

Das Heft thematisiert den Kampf um Berlin im Jahre 1945. Dabei werden die historischen Hintergründe, die besonderen Aspekte der Schlacht, die Auswirkungen, die Legenden, die „ungelösten Rätsel“ und die Gedenkkultur beider Seiten behandelt. Ein ausführlicher Abschnitt behandelt zudem die heute noch sichtbaren Spuren im Stadtbild. Mit Zeittafel und Literaturliste (44 Seiten).

Heft III: NS-Bunker als Gedenkort?

ISBN: 978-3-00-049690-5

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Frage, wie heutzutage mit verbliebenen NS-Bunkern umzugehen ist. Mit historischem Rückblick auf das „Zeitalter des Betons“, einer Darstellung der Problematik des grassierenden „Bunkertourismus“, Fotos verschiedenster europäischer Fallbeispiele, Hinweisen zur Gestaltung von Bunker-Ausstellungen und einer Literaturliste (36 Seiten).

Heft IV: „Unter Hitler hatten alle Arbeit!“

Die langlebigen Mythen des Nationalsozialismus

ISBN: 978-3-00-051823-2

Dieses Heft thematisiert langlebige Mythen aus der NS-Zeit, die bis zum heutigen Tage immer wieder auftauchen. Dabei geht es zum Beispiel um die Behauptung, dass es im Nationalsozialismus keine Arbeitslosigkeit und kein Verbrechen gegeben habe – oder die „Wunderwaffen“-Mythen und die These, dass der Angriff auf die Sowjetunion nur ein Präventivschlag gewesen sei. In kompakter Form werden die fünf gängigsten Legenden dargestellt und widerlegt. Mit Literaturliste (36 Seiten).

Heft V: „Flüchtlinge in Berlin – damals und heute“

ISBN: 978-3-00-054424-8

Diese Publikation behandelt die Geschichte der in Berlin eintreffenden Flüchtlinge vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Als Überblicksdarstellung zeigt sie, wie Flüchtlinge in der Stadt aufgenommen wurden und wie sie Berlin veränderten. Das bebilderte Heft umfasst eine Zeittafel, ein Literatur- und Adressenverzeichnis zum Thema. Es ist sowohl für historisch interessierte Leser als auch für Aktivisten und Multiplikatoren geeignet (47 Seiten).

Heft VI: „Der Spanische Bürgerkrieg 1936-1939“

ISBN: 978-3-00-055452-0

Kaum ein Konflikt hat Europa so sehr erschüttert wie der Bürgerkrieg, der Spanien von 1936 bis 1939 verwüstete. Oft wird dieser Kampf auch als „Auftakt zum Zweiten Weltkrieg“ gesehen. Sowohl NS-Deutschland als auch Mussolinis Italien und die Sowjetunion waren an dem erbitterten Ringen militärisch beteiligt. Zugleich kämpften zahlreiche Freiwillige aus dem Ausland auf beiden Seiten. Das Heft stellt die komplexen Ereignisse in einer klaren, übersichtlichen Form dar und thematisiert auch die Frage, wie Spanien heutzutage mit dieser düsteren Vergangenheit umgeht (36 Seiten).

Heft VII: „Die Alliierten in Berlin 1945-1994“

ISBN: 978-3-00-059138-9

Ein halbes Jahrhundert lang - von 1945 bis 1994 - sollten die alliierten Besatzungsmächte die geteilte Stadt Berlin prägen. Die Präsenz von Amerikanern, Russen, Briten und Franzosen gehörte dabei für viele Berliner zum Alltag. Zwischendurch gab es aber auch immer wieder dramatische Vorfälle und unerwartete Ereignisse. Heutzutage droht dieser Abschnitt der Geschichte in Vergessenheit zu geraten. Dieses Heft vermittelt einen anschaulichen Überblick und zeigt auf, wo die Alliierten ihre Spuren in Berlin hinterlassen haben (36 Seiten).

Heft VIII: „Kleiner Berliner

Nachhaltigkeits-Leitfaden “

ISBN: 978-3-00-062864-1

Wie können Alltag, Konsum und Finanzen in Berlin nachhaltig gestaltet werden? Unser kleiner Leitfaden enthält zahlreiche Tipps und Adressen dazu. Darüber hinaus werden auch nützliche Websites, weiterführende Literatur und sonstige Medien aufgeführt (28 Seiten).

Bestellung unter info@rth-berlin.de
oder auf www.rth-berlin.de

Impressum

Robert-Tillmanns-Haus e.V. · An der Rehwiese 30 · 14129 Berlin
www.rth-berlin.de · info@rth-berlin.de

Text: Niko Rollmann · Satz & Layout: Beatrice Freund · Druck: brandung³
Bilder: Niko Rollmann

ISBN: 978-3-9822433-0-6
1. Auflage 2020

Anerkannter Träger der Bundeszentrale für politische Bildung